

# **E 118-NR/XXI. GP**

## **EntschlieÙung**

des Nationalrates vom 31. Jänner 2002

betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Mobilfunknetze

1. Die Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, sich für die raschestmögliche Einführung der einheitlichen Kennzeichnung der Mobiltelefone hinsichtlich der Intensität der von diesen ausgesandten elektromagnetischen Strahlung einzusetzen.
2. Die Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, im Rahmen ihrer Kompetenzen auf die Mobilfunkbetreiber dahingehend einzuwirken, dass bei der Errichtung oder Veränderung von Basisstationen die umliegende Bevölkerung rechtzeitig vor den jeweiligen Baumaßnahmen umfassend informiert wird.
3. Die Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, dem Nationalrat einen Bericht über die praktische Umsetzung des so genannten „Site-sharings“ durch die Mobilfunkbetreiber und den dadurch erzielten Erfolg bei der Vermeidung eines übermäßigen Dichte von Sendemasten und erforderlichenfalls einen Vorschlag zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes zur Optimierung dieser Bestimmung vorzulegen.
4. Die Frau Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, dem Nationalrat einen von unabhängigen Forschern zu erstellenden Bericht über den Stand der internationalen Forschung auf dem Gebiet der Auswirkungen der Mobilfunktechnik vorzulegen.
5. Die Bundesregierung wird ersucht, nach Vorliegen auch international abgesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse die Arbeiten an einem Bundesgesetz, das dem Schutz vor nichtionisierender Strahlung dienen soll beziehungsweise an allfälligen Verordnungen über die Begrenzung der Strahlungsemission, fortzusetzen.